











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Die Koalition ist zerstritten . Während die Union bei der Frage zur Tabakwerbung gespalten ist, plädiert die SPD für eine rasche Umsetzung des BMEL-Entwurfs. Zudem bildet sich eine Friktion zwischen Legislative und Exekutive. Dieser Sachverhalt kann die Lage noch verschärfen, wenn die Abgeordneten sich weiter als „Abnicker“ der Regierung empfinden. Prominente Gegner des BMEL-Entwurfs betonen den mündigen Verbraucher und das Recht auf freies Wirtschaften – klassische Argumente der Tabakwirtschaft. Die Debatte wird durch Pläne zum Arbeitsplatzabbau in der Tabakbranche befeuert. Die Auseinandersetzung in der Union ist kein Garant für eine Lockerung . Daher bietet sich ein Dialog mit MdB's im Wahlkreis auch in der Sommerpause an.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die Opposition verändert bislang nicht ihre Position zur E-Zigarette oder verwandter Themen. Die Linke plädiert im Kontext der laufenden Debatte um neue psychoaktive Substanzen wiederholt für eine allgemeine Neuausrichtung der deutschen Suchtpolitik.	
Bundesrat, Bundesländer	Die Bundesländer sind ohne Debatte zur E-Zigarette in die Sommerpause gegangen. Frühestens in der Sitzung am 23. September ist mit einer Befassung zu rechnen. Die Tagesordnung liegt noch nicht vor. Die Sommerpause kann z.B. zur Ansprache von Ressorts und MdLs genutzt werden , hier sind die Termine jedoch begrenzt. Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bieten einen Anlass; die Länder sind aber keine politischen Schwergewichte.	
Verwaltung	Geteilte Administration: Während die deutsche Regierung bisher an ihren Regulierungsplänen festhält , zeichnen sich auf der Arbeitsebene der EU-Verwaltung erste Indizien für E-Zigarettenfreundlichere Ansätze ab. Dies gilt es mit Fakten zu untermauern und den inter-institutionellen Dialog zu fördern und aktiv zu begleiten. Letztlich bleibt es eine politische Entscheidung der EU-Politiker und Nationalstaaten.	
Fachcommunity	Pattsituation: Insbesondere aus Großbritannien kommen neue Statements pro E-Zigarette. UK verliert aufgrund des Brexits jedoch an Gewicht. Zudem geben neuen Studien und Expertenaussagen über die Nachteile der E-Zigarette Kritikern weitere Argumente an die Hand.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BFTG.	Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise) 	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

siehe 2.2.

2.2. Bundestag

Meldung: Teile der Unionsfraktion stellen sich gegen die Pläne von Bundeslandwirtschaftsminister **Christian Schmidt**, der Drogenbeauftragte **Marlene Mortler** (beide CSU) und Bundesgesundheitsminister **Hermann Gröhe** (CDU) zur weiteren Tabakregulierung. Zentraler Punkt ist das Tabakwerbeverbot, was auch E-Zigaretten einschließt. Der [BMEL-Entwurf](#) sieht die Gleichsetzung von nikotinfreien zu nikotinhaltigen E-Zigaretten vor (z.B. S.8, 10).

Zu den einflussreichen Befürwortern einer erneuten Diskussion gehören **Michael Grosse-Brömer** (Parlamentarischer Geschäftsführer, CDU), der, unterstützt von Kauder (Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion), den mündigen Verbraucher betont, und **Gerda Hasselfeldt** (Vorsitzende CSU-Landesgruppe). „[...] Werbung für ein legales Produkt zu verbieten, sei aus ihrer Sicht ein ‚ziemlicher Eingriff‘.“, so Hasselfeldt, die als unentschlossen gilt. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Joachim Pfeiffer**, spricht sich ebenfalls gegen den BMEL-Entwurf aus. Ihm zufolge entspräche das Werbeverbot nicht der im Koalitionsvertrag vereinbarten „1:1-Umsetzung“ von europäischen Vorgaben. Er warnt mit Blick auf andere Branchen vor dem „Öffnen der Büchse der Pandora“. Laut Fraktionsvize **Gitta Connemann** haben „etliche Abgeordnete“ Vorbehalte. Diese Vorbehalte beziehen sich auch auf die Rückwirkungsklausel in der Änderungsverordnung

[VdR](#) und [ZAW](#) befürworten die erneute Debatte. Bundesminister Schmidt will an seinen Plänen festhalten. **Rainer Spiering**, Berichterstatter für Tabakpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, moniert wie seine Fraktion die Verzögerung. Die SPD betont den Bedarf nach Jugendschutz. Auch der suchtpolitische Sprecher **Burkhard Blienert** (SPD, MdB) und SPD-Gesundheitspolitiker **Karl Lauterbach** (MdB) mahnen zur Eile: „sofort nach der Sommerpause“. Unterstützung kommt von der [Deutschen Krebshilfe](#) und dem NGO [Forum Rauchfrei](#).

Einordnung/Empfehlung: Der Verweis auf den Koalitionsvertrag kann ein Ansatz sein, die Regulierungsvorhaben zumindest bis zum Wahlkampf 2017 (in Teilen) aufzuschieben. Auf Seite 12 des [Koalitionsvertrages](#) heißt es: „Wir wollen **EU-Vorgaben „eins zu eins“ umsetzen** – das sichert auch Chancengleichheit im europäischen Binnenmarkt.“ Verzögerung: weitere Regulierungen nach der Wahl 2017 sind nicht auszuschließen – und aufgrund der allgemeinen Stimmung ggü. der E-Zigarette realistisch.

Die bekannt gewordenen Erwägungen von BAT zur Stellenstreichung in Deutschland, geben den Wirtschaftspolitikern sowie Standortabgeordneten in Bayern (BAT), Rheinland-Pfalz (JTI), Sachsen und Berlin (PMI), Niedersachsen und Baden-Württemberg (Reemtsma) Anlässe zum Überdenken von Meinungen bzw. Engagement. In diesem Kontext sind erste Gespräche in der Sommerpause ein gangbarer Weg zur Vorbereitung für Maßnahmen im Herbst.

Die Auseinandersetzung ist in einem größeren Kontext zu sehen. In Teilen der Unionsfraktion ist man unzufrieden mit der aktuellen Regierungsweise, bei der die Exekutive parlamentarische Handlungsalternativen eingrenzt (siehe Debatte um Flüchtlinge). Dies gilt ausdrücklich auch für die Verfahrensweise sowie die Informationspolitik durch das BMEL im Fall der Ta-

bakregulierung. [Bundestagspräsident Lammert](#) mahnt die Abgeordneten mittlerweile zu mehr Eigenständigkeit ggü. der Regierung.

Aufgrund der komplexen und in der Gesellschaft skeptisch beobachteten politischen Herausforderungen (Brexit, Flüchtlinge, Syrien, Russland) ist die Regierung angetrieben, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Vorhaben wie die Tabakgesetzgebung bieten die Gelegenheit, mit einer aufmerksamkeitsstarken und von weiten Bevölkerungsschichten befürworteten Maßnahme Wirkkraft darzustellen. Die alarmistischen Töne des DZV („Neopuritanismus der Beamten des Bundeslandwirtschaftsministeriums“) und des VdR („Minister hat sein Haus nicht im Griff“) schmälern die Chance zur Versachlichung der Debatte. Umso wichtiger ist eine verbindlich-informative Kommunikation unsererseits.

Die [Interessengemeinschaft E-Dampfen](#) (ig-ed) hat derweil eine [Kampagne](#) gestartet und ruft Dampfer auf, Abgeordnete anzusprechen. [Kampagnenhomepage](#) und Inhalte deuten auf eine steigende Professionalisierung der ig-ed hin, die Ähnliches in der Vergangenheit organisierte. Es ist nicht auszuschließen, dass sie mittlerweile Unterstützung von Dritten erhält. Wir empfehlen die Absprache mit der ig-ed zur Koordinierung von Maßnahmen.

Tabakgegner können sich hingegen durch Meldungen aus UK und [Neuseeland](#) ermutigt fühlen, wo das Verbot der Zuschaustellung von Tabak zu signifikanten [Umsatzrückgängen](#) führt.

Quellen: [deutsche-apotheker-zeitung.de](#) , [tagesspiegel.de](#) , [morgenpost.de](#) , [saarbruecker-zeitung.de](#) , [zeit.de](#) , [deutsche-apotheker-zeitung.de](#) , [zaw.de](#) , Hintergrundgespräche

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Der Bundesrat befindet sich in der Sommerpause. Die ersten Ausschusssitzungen finden am 05. September statt (z.B. Agrarausschuss). Das Plenum tagt wieder am 23. September.

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 13.07.2016, 12.07.2016, 07.07.2016

Meldung: Die Luxemburger Regierung hat einen neuen Gesetzesentwurf beschlossen, der die E- der Tabak-Zigarette gleichstellen soll. Der **Entwurf geht über die EUTPD2 hinaus**. Künftig gelten für E-Zigaretten dieselben Verbote wie für Tabak, z.B. in der Werbung oder Konsum in Gastronomie, öffentlichen Gebäuden und Autos. Das Werbeverbot gilt auch für Nachfüll-Fläschchen. E-Zigaretten dürften zudem nicht mehr aus dem Ausland bezogen werden. Mentholzigaretten sollen ab 2020 verboten werden, wenn ihr Marktanteil mehr als 3% beträgt. Die Regierung argumentiert mit dem Jugendschutz, bezweifelt den Nutzen beim Tabakstopp und bewertet Nikotin-Pflaster und -Kaugummi als geeignetere Mittel. [8 EU-Mitglieder](#) haben EUTPD2 in nationales Recht übertragen, in 10 weiteren EU-Staaten ist die Richtlinie bereits in Teilen umgesetzt.

Einordnung/Empfehlung: Insbesondere die Einbeziehung der E-Zigarette in die Rauchverbote führt zu einer Gleichsetzung mit Tabak. Die Maßnahme leistet zudem der Betrachtung der E-Zigarette als Tabakprodukt durch die Bevölkerung Vorschub. Die luxemburgische Regierung macht deutlich, dass sie Studien über die Positivmerkmale der E-Zigarette geringer schätzt als die Aussagen der WHO. Ihre Aussagen zu Entwöhnungsmitteln spielt zudem der Pharmawirtschaft in die Hände. Damit erhalten Nikotingegner in Deutschland ein weiteres Beispiel, welches sie in der laufenden Debatte einbringen können. Da eine möglichst einheit-

liche Lösung in Europa ins Auge gefasst wird, bricht sich langsam der Trend zu einer allgemein strikteren Lesart von EUTPD2 Bahn (siehe Report 21).

Quelle: lessentiel.lu , tageblatt.lu , lessentiel.lu , wort.lu

Datum: 12.07.2016

Meldung: Im Gespräch mit [Thomas Carroll](#), Referatsleiter für Indirekte Steuern außer MwSt, und seiner Mitarbeiterin [A. Bouw](#) (beide EU-Kommission, Generaldirektion Steuern und Zollunion – DG TAXUD) äußerten beide das Interesse an weiteren Gesprächen und Zahlen für den deutschen Markt. Bislang bestünde kein Austausch mit dem BMF. Nach der Sommerpause wird in Brüssel ein Runder Tisch organisiert, der die Frage der E-Zigarettensteuern diskutiert. Unsere Gesprächspartner möchten dazu auch einen Vertreter des BfTG einladen. Avisierter Termin ist der 7. September. Carroll hat eine Untersuchung über die Situation der E-Zigarettensteuer in der EU in Auftrag gegeben. Sie soll spätestens Ende des Jahres vorliegen. Für den Herbst ist ein Stakeholder-Prozess vorgesehen, der ein mögliches Impact Assessment von DG TAXUD vorbereitet. **Carroll tendiert, eine Harmonisierungsmaßnahme entweder zu verschieben oder nur eine sehr niedrige Besteuerung vorzuschlagen.**

Einordnung/Empfehlung: Die Empfehlungen der Arbeitsebene sind weder für die EU-Kommission noch für die EU-Staaten bindend. Sie sind jedoch wichtige Vorbereitungsschritte innerhalb der EU und können je nach politischem Kontext Wirkkraft entfalten. Derzeit tendieren jedoch die meisten EU-Länder für striktere Regelungen. Wir empfehlen, den Vorschlag von Carroll und Bouw aufzugreifen und im Herbst eine Produktpräsentation bei DG TAXUD durchzuführen. Zudem kann sich das BfTG mit der Vermittlung von Kontakten zum BMF und dem Initiieren/Erhalten eines Informationsflusses eine gute Ausgangsposition verschaffen. Wir empfehlen zudem die Teilhabe am Stakeholder-Prozess. Da Carroll zu einer zurückhaltenden Empfehlung tendiert, ist es wichtig, dass er Bestätigung für seine Ausrichtung erhält. Hier kann das BfTG mit Branchendaten unterstützen.

Quelle: Hintergrundgespräch

Datum: 11.07.2016

Meldung: Das Schweizer Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat neue Zahlen zum E-Zigarettenkonsum publiziert. Nur 0,3% der über 15jährigen nutzt E-Zigaretten täglich. Dualer Konsum: ca. 37,9% der Raucher und 29,6% der Gelegenheitsraucher dampfen täglich. Von den Nichtraucher sagen nur 5,4% „schon einmal E-Zigarette geraucht zu haben“.

Einordnung/Empfehlung: Die Schweizer Zahlen **unterminieren die gängige Gateway-These** (siehe Punkt 2.5). So müssten a) die Konsumentenzahlen bei Heranwachsenden höher sein, um langfristig eine signifikante Auswirkung auf die Raucherquote zu haben, b) die Raucherquote bei Heranwachsenden im Zuge des Anstiegs der Dampferquote gestiegen sein. Einmaliger Konsum (14% 2015 zu 6,7% 2013) ist zwar höher, sagt aber wenig zum Tabakeinstieg aus. Es ist vielmehr ein Zeichen des Ausprobierens. Und: Vergleicht man Einmaligen Konsum mit dem regelmäßigen Konsum von Jugendlichen (insgesamt 1%), so deuten die Zahlen nicht auf den Nikotineistieg breiter Massen durch die E-Zigarette hin.

Quelle: blick.ch , bag.admin.ch

Datum: 06.07.2016

Meldung: Public Health England (PHE) hat eine Richtlinie zum Dampfen am Arbeitsplatz herausgegeben. Sie richtet sich an Unternehmer, Betriebsräte und Mitarbeiter. PHE sieht in der E-Zigarette einen Beitrag zum Ziel einer tabakfreien Generation bis 2025 (S.4). Die Handreichung gibt **Tipps zur Umsetzung einer E-Zigarettenfreundlichen Betriebslösung** und betont neben dem geringen Risiko des Passivdampfes, dass Dampfen nicht unter den Nichtraucherschutz fällt (S. 7f.). Die behandelten Themenfelder sind:

- Unterschied zwischen Dampfen und Rauchen
- Passivrauchen
- Jugendschutz
- Tabakstopp und nachhaltige Tabakabstinenz
- Umsetzung und Betriebsvereinbarung

Ferner publizierte PHE Ergebnisse einer Umfrage unter anderem bei Verbänden, NGOs, Ministerien und Verwaltung sowie Forschung zur E-Zigarettenregulierung (S. 17f.): **Über ¾ der Befragten sieht ein Konsumverbot in geschlossenen Räumen für nicht gerechtfertigt.** 80% sind dafür, dass zum Zwecke des Tabakstopps es einfacher sein sollte zu dämpfen als zu rauchen. ¾ sehen in E-Zigaretten ein Mittel zur Reduzierung der Passivrauchbelastung von Heranwachsenden. (S. 9).

Derweil wendet sich der Abgeordnete des Oberhauses und frühere Minister [Lord Forsyth](#) öffentlichkeitswirksam [gegen die E-Zigarettenregulierung](#). Auch im [Plenum des Oberhauses](#) wurden Stimmen zur Lockerung der Bestimmungen nach EUTPD2 laut – u.a. für höhere Nikotingehalte – und wurde Snus als weiteres Positivbeispiel für Harm Reduction angebracht. Daneben gab es Kritik am Lobbying der Pharmabranche und britischen Bestrebungen zur Regulierung der E-Zigarette als Medizinprodukt.

Einordnung/Empfehlung: Die Publikationen bieten sich auf dem ersten Blick zur Thematisierung auf dem BfTG-Blog an. Außerhalb des Blogs „egarage“ wurde das Thema noch nicht behandelt ([1](#), [2](#)). Jedoch verfügt das Issue in Deutschland einer ein gewisses Eskalationspotenzial. Aufgrund des derzeitigen negativen Grundrauschens besteht das Risiko, dass Stakeholder sich durch entsprechende Äußerungen seitens der Branche eine zu Regulierungsschritten wie Integrierung in bestehende Rauchverbote, oder zumindest zu Protest, animiert fühlen. Jedoch ist die Umfrage eine gute Grundlage für Gespräche.

Quelle: [gov.uk](#) (Broschüre Hinweise zum Dampfen am Arbeitsplatz/Öffentlichkeit) , [gov.uk](#) (Stakeholder-Umfrage) , [theconstructionindex.co.uk](#) , [theregister.co.uk](#)

Datum: Juli

Meldung: 13 Gesundheitsorganisationen um Public Health England, Cancer Research UK, Action on Smoking and Health und der Royal Society for Public Health setzen sich in einem gemeinsamen [Statement](#) für die E-Zigarette ein. Sie betonen, dass die **E-Zigarette Heranwachsende nicht zu Tabak verleite**. Vielmehr würden Raucher zur E-Zigarette wechseln. Daneben heben sie das im Vergleich zu Tabak geringere Gesundheitsrisiko des Dampfens hervor und fordern eine bessere Aufklärung der Bevölkerung über die Tabakalternative.

Einordnung/Empfehlung: Das Statement und der breite Unterstützerkreis legen die Bedeutung der E-Zigarette für die Briten beim Tabakstopp dar. Zwar werden britische Akteure in

der EU an Bedeutung verlieren, jedoch sollte ihre Stimme/Beispiele soweit möglich in den kommenden Runden Tischen bzw. Anhörungen in Brüssel eingebracht werden. Botschaften über die Fachebene einbringen: Denkbar wäre auch – ggf. in Kooperation mit anderen Verbänden – die Initiierung/Förderung des Austausches britischer und europäischer Experten bzw. Stakeholder. PMI hatte in der Vergangenheit Erfolg als zurückhaltender Organisator von Fachgesprächen, bei denen die Botschaften „nebenbei“ abgesetzt wurden.

Quelle: blog.heartland.org

2.5. Fachcommunity

Datum: 14.07.2016 , 13.07.2016, 12.06.2016

Meldung: Forscher um PhD. David Levy (Georgetown University) haben in einer Langzeituntersuchung Daten der US-Gesundheitsbehörden ausgewertet. Levy zufolge unterstützt die E-Zigarette die Reduzierung des Tabakkonsums. Skepsis ggü. Gateway Effekt-These: Dem Anstieg des E-Zigarettenkonsums folge ein Absinken der Tabakquote. Levy mahnt vor einer zu strikten Regulierung: „**Overregulation of e-cigarettes might actually stifle the development and marketing of safer products that could more effectively displace cigarettes.**“

Eine von Fontem Ventures (Imperial-Tochter, E-Zigarettenmarke blu) getragene Vergleichsstudie über die Auswirkungen von Tabak- und E-Zigaretten besagt, Nichtraucher und Dampfer würden signifikant geringere Mengen an Schadstoffen aufweisen als Tabakkonsumenten. Die Kohlenmonoxid-Werte im Blut seien um 75% niedriger. Nitrosamine seien je nach Vergleichsgruppe zwischen 62% und 98% niedriger als bei Rauchern. Selbst bei Dual-Usern wurde eine (wenn auch geringere) Gesundheitsverbesserung beobachtet.

Einordnung/Empfehlung: Da Levy sich für eine Regulierung mit Augenmaß einsetzt und er seine Szenario-Analyse auf Behördendaten stützt, ist er für Nikotingegner weniger verdächtig. Seine Untersuchung ist auch deswegen interessant, da es noch keine/wenige Studien zur Entwicklung über längere Zeiträume gibt. Fontem scheint aktiver zu werden. In der ersten Zeit nach der Übernahme durch Imperial zeigte sich das Mutterhaus eher unentschlossen. Das Engagement bei Studien kann als ersten Anzeichen für einen Wandel interpretiert werden. Die klinische Studie wurde zwar im Peer Review-Verfahren erstellt, dürfte aber seitens der Kritiker als tendenziös eingestuft werden. Sie kann dennoch bei Bedarf aus Beispiel für Positivwirkungen in Gesprächen oder im Blog herangezogen werden.

Quelle: ntr.oxfordjournals.org , medicalexpress.com , bloomberg.com , eurekaalert.org , tandfonline.com

Datum: 11.07.2016 , 08.07.2016

Meldung: Wissenschaftlern der USC hinterfragen populäre Positiv-Effekte von E-Zigaretten. Ihre Schlussfolgerungen: a) nutzen Heranwachsende die E-Zigarette zunehmend als Ersatz für oder Ergänzung zu Tabak und b) konsumieren Jugendliche, die ansonsten keinen Tabak geraucht hätten, jedoch E-Zigaretten. „**E-cigarettes may be recruiting a new group of kids to tobacco use**“, so die Autoren. Sie verweisen darauf, dass die Raucherquote trotz der Einführung der E-Zigarette stagniert. Sie warnen zudem vor den schädigenden Einwirkungen von Nikotin auf die körperliche Entwicklung von Heranwachsenden und dem Suchtpotenzial.

Anders Medizinprofessor Brad Rodu, Universität Louisville: Ihm zufolge verringern E-Zigaretten die Raucherquoten. Der Tabakrückgang sei bei 18-25jährigen am stärksten.

Einordnung/Empfehlung: Die Studie spielt Kritikern in die Hände. Diese können weiter auf den Gateway Effekt verweisen und die E-Zigarette als Grund für das Stocken beim Rückgang des Tabakkonsums hinstellen.

Quelle: eurekalert.org , aappublications.org , acsh.org , rodutobaccotruth.blogspot.de

Datum: 13.07.2016, 09.07.2016, 06.07.2016

Meldung: [Dr. Gunther Wiest](#), Chefarzt der Lungenabteilung an der Asklepios Klinik Hamburg Harburg, warnt auf einer lokalen Gesundheitskonferenz vor dem **Gateway Effekt**: Die E-Zigarette könnte den Trend des sinkenden Tabakkonsums umkehren. Die Inszenierung als Lifestyle-Produkt trage dazu bei, dass die Akzeptanz des Rauchens wieder steige. Er räumt zwar ein, dass E-Zigaretten weniger Verbrennungsschadstoffe enthielten als Tabak, ihm zufolge gibt es jedoch **keine Beweise für die positive Wirkung** der E-Zigarette beim Rauchstopp. Derweil vermelden Gesundheitsstatistiker den Rückgang der Lungenkrebserkrankungen in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Dr. Katrin Schaller vom DKFZ kann noch kein Zusammenhang zum Nichtraucherchutzgesetz von 2007 gezogen werden.

Angesprochen auf die Negativwirkung von E-Zigaretten auf den Mundraum (siehe Report 24) äußert [Prof. Andrea-Maria Schmidt-Westhausen](#) von der Charité im Fachblatt „Zahnärztliche Mitteilungen“: „Zerstrittene Positionen bringen eher eine „**Evidence-based confusion**“. Man sollte sich **auf die Kernfrage konzentrieren**: Wie kann der Gebrauch und die Regulation der E-Zigarette zu der größtmöglichen Reduktion von Tod durch Tabakkonsum führen?“

Einer Studie der Universität Sapienza (Rom) zufolge haben E- und Tabakzigaretten auch schädigende Wirkung auf die Herzkranzgefäße. Der Negativeffekt von E-Zigaretten ist etwas geringer. [Gegner und Befürworter](#) legen die Studie unterschiedlich aus. Die Forscher empfehlen weitere Studien zum Sachverhalt. Dem steht eine neue [Metastudie](#) gegenüber, die E-Zigaretten ein im Vergleich zu Tabak geringeres Gesundheitsrisiko attestiert.

Einordnung/Empfehlung: Aussagen von Experten aus dem Wahlkreis wirken im unmittelbaren Umfeld von Abgeordneten, da die Experten vor Ort auch als Meinungsmacher in der Wählerschaft agieren. Abgeordnete müssen dies in ihren Entscheidungen berücksichtigen, denn es besteht eine direkte Rückkoppelung zwischen Berlin und Wahlkreis. Daher ist es wichtig, dass Mandatsträger auch unmittelbar in ihren Wahlkreisen von BfTG-Mitgliedern und Konsumenten zu einer E-Zigarettenfreundlicheren Politik ermutigt werden.

Quelle: zm-online.de , abendblatt.de , svz.de , sciencedirect.com , nzherald.co.nz

Datum: 04.07.2016

Meldung: Das von PMI geförderte und von der Initiative Wissenschaft im Dialog publizierte Wissenschaftsbarometer 2016 deutet auf Skepsis der Bevölkerung ggü. der Wissenschaft hin. **33% sagen „Wenn eine neue Technologie unbekannte Risiken birgt, sollte die Entwicklung dieser Technologie gestoppt werden, auch wenn ein Nutzen erwartet wird.“** 38% sind der Meinung die Menschen vertrauten zu sehr der Wissenschaft und zu wenig dem eigenen Gefühl. Nur für 70% nützt die Wissenschaft als dass sie schadet.

Einordnung/Empfehlung: PMI schafft sich mit der Förderung einen Zugang zur Politik (z.B. BMBF) sowie zu den großen Forschungsverbänden (Helmholz, Fraunhofer usw.), die wichtige Meinungsmacher ggü. der Politik sind. Die Umfrage zeigt, dass nur eine **Minderheit gegen eine strikte Regulierung von Produkten** ist, deren Risikopotenzial unbekannt ist. Umkehrschluss: Das Vorsorgeprinzip findet keine breite Zustimmung in der Bevölkerung.

Quelle: wissenschaft-im-dialog.de , wissenschaft-im-dialog.de (Broschüre)

Datum: Juli

Meldung: Das [Helmholtz Zentrum München](http://Helmholtz-Zentrum-Muenchen.de) betreibt in Kooperation mit dem [Deutschen Zentrum für Lungenforschung \(DZL\)](http://Deutsches-Zentrum-fuer-Lungenforschung-DZL.de) einen Lungeninformationsdienst als Angebot für Patienten, Angehörige sowie die interessierte Öffentlichkeit. Das Portal bietet nun auch Informationen zur E-Zigarette. Die Berichterstattung ist relativ ausgeglichen, hebt jedoch Zweifel deutlicher hervor als die von der Branche angeführten Vorteile.

Einordnung/Empfehlung: Das Portal ist ein Beispiel für eine eher ausgewogene, neutrale Informierung der Öffentlichkeit. Es kann bei Bedarf als Bezug in Gesprächen genannt werden. Zugleich zeigt die Aufnahme des Themas, welche Bedeutung der E-Zigarette mittlerweile zugeschrieben wird.

Quelle: lungeninformationsdienst.de

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

-

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 14.07.2016 11.07.2016

Meldung: BAT plant die Verlagerung seiner Zigarettenproduktion ins Ausland (siehe Report 23). Etwa 950 Stellen werden abgebaut; Standorte in Polen, Kroatien, Ungarn und Rumänien ausgebaut. Allein die Rauchtobakproduktion wird erhalten bleiben (ca. 370 von 1.400 Stellen). Umstrukturierungsmaßnahmen aber vor allem das sich **deutlich verschlechternde Marktumfeld und Steuererhöhungen** sollen Gründe für den Einschnitt sein. BAT verkaufte 2015 nach eigenen Angaben in Westeuropa 23 Milliarden Zigaretten – **17% weniger als 2011**. Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU), reagierte bereits betroffen zur Entscheidung. Kritik kommt hingegen von der Bayern-SPD. Die Medien berichten bundesweit.

Einordnung/Empfehlung: Damit manifestieren sich die Auswirkungen der Tabakregulierung und der allgemeine Trend zu weiteren Verschärfungen in Deutschland und Westeuropa deutlich sichtbar. BAT kann in Osteuropa substantielle Einspareffekte (Lohnkosten!) erzielen, aber auch auf ein tabakfreundlicheres Umfeld bauen. Der Standortwechsel kann als Teil einer langfristigen Umorientierung verstanden werden: BAT – wie auch Reemtsma – integrierte seine zuvor eigenständige Lobbyabteilung in die Rechtsabteilung. Die Schritte können als Zeichen gesehen werden, dass sich die Firma auf einen (möglichen) langfristigen Rückbauprozess bei klassischen Tabakwaren einstellt und sich möglichst lange hohe Renditen sichern möchte. In diesem Kontext ist mit einem Ausbau anderer Produktgruppen, auch in Konkurrenz zur E-Zigarette, zu rechnen.

Gegen EUTPD2 konnte sich die Branche bislang weniger behaupten. Wichtige Projekte wie die Tabaksteuererhöhung werden nicht vor der Bundestagswahl 2017 entschieden und

durch die EU (ECOFIN) beeinflusst werden. Andererseits hat BAT konzernintern seine Kapazitäten durch Zukäufe in den letzten Jahren ausgebaut – und damit zu einer gewissen Verschärfung der Eigenlage beigetragen.

Reemtsma verlagerte bereits Teile der Produktion nach Polen. Der erneute Arbeitsplatzabbau in der Branche ist ein Signal an die Politik. Insbesondere da in Bayreuth auch viel für den (außer-)europäischen Exportmarkt gefertigt wird. EUTPD2 kostet bereits in ihren ersten Schritten Beschäftigungsplätze. Das wird zumindest Teile der Union, hier vor allem der CSU, bei der derzeitigen fraktionsinternen Debatte zusätzlich aktivieren (siehe Abschnitt 2.2). Die E-Zigarettenwirtschaft kann diesen **Schwung aufgreifen** und ihrerseits die Politik auf Risiken für die junge klein-mittelständische Branche hinweisen, die lokale Arbeitsplätze schafft.

Quelle: bat.de , welt.de , frankenpost.de , handelsblatt.com , stuttgarter-zeitung.de , sued-deutsche.de , br.de , nordbayerischer-kurier.de

Datum: 01.07.2016

Meldung: [Stefan Griffeler](#) leitet ab September die Berliner Hauptstadtrepräsentanz von Philip Morris. Griffeler arbeitete zuvor u.a. für BMAS und SPD-Vorstand. Er ergänzt damit die Unionskontakte von Philipp Mauch. Die neue Personalie kommt zu einer Zeit, in der PMI durch die Zurückweisung seiner [Klage](#) gegen die strikten Tabakgesetze von Uruguay sowie die Aufkündigung der [Kooperation der EU](#) bei der [Schmuggelbekämpfung](#) in die Negativschlagzeilen gerät. In diesem Zusammenhang muss auch die Fortführung der PMI-Kampagne gegen Schmuggel und Produktpiraterie gesehen werden, die kürzlich in Auftrag gegeben wurde.

Daneben hat der schwedische Snus-Hersteller Swedish Match im Kontext des Brexit beim britischen High Court eine Prüfung der Abschaffung des Verkaufsverbots von Snus nach [Art. 8 EUTPD1](#) erwirkt. Snus darf in der EU nicht außerhalb Schwedens gehandelt werden. Die Firma kooperiert noch [in Teilen](#) mit [PMI](#).

Einordnung/Empfehlung: PMI weitet seine Kontakte zur politischen Linken aus. Bislang nutzte die Firma dafür vor allem Kontakte von Lobbydienstleistern wie Elephantlogic und 365 Sherpas. PMI hat sich in der Vergangenheit immer wieder für die Freigabe von Snus eingesetzt, z.B. in der [Schweiz](#). Die Tabakkonzerne würden von einer Legalisierung von Snus in UK profitieren und diese Alternative als Aktivposten einbringen können. Zusammen mit heated tobacco, konventionellen E- und Tabak-Zigaretten würden PMI, BAT, und JTI über die größten Produktpaletten verfügen. Sie werden damit widerstandsfähiger ggü. Produktregulierungen, die Wettbewerber entsprechend härter treffen würden. Ein langfristiger Vorteil und Möglichkeit zum Ausbau der eigenen Marktanteile – vor allem für PMI.

Quelle: reuters.com , Hintergrundgespräche

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
13.08.2016	Frank Tempel (MdB, Linke) auf Hanfparade	Die Linke	Berlin	linksfraktion.de

Monitoringreport Nr. 25 (Kalenderwochen 25 und 26)

04.09.2016	Landtagswahlen	Mecklenburg-Vorpommern	Mecklenburg-Vorpommern	mv-laiv.de
05.09.2016	Ende der parlamentarischen Sommerpause	Bundestag, Bundesrat	Berlin	bundestag.de , bundesrat.de
06.09.2016	Sommerfest	VPRT	Berlin	vpert.de
07.09.2017	Runder Tisch E-Zigarette	DG TAXUD	Brüssel	Geplant, noch nicht offiziell
07.09.2016	Gesprächsveranstaltung „Konsumverhalten“	Handelsverband	Berlin	einzelhandel.de
18.09.2016	Abgeordnetenhauswahlen	Berlin	Berlin	
21.09.2016	Mittwochsgesellschaft des Handels (mit BM Heiko Maas, SPD)	Metro Group	Berlin	metrogroup.de
22.09.2016	Parlamentarischer Abend	BDI, BDA, DIHK	Berlin	bdi.eu

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.